

# Sächsische Arbeiter-Zeitung

Expedition: Berggasse 1.  
Verlag: S. H. W. Berggasse 1. Dresden

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Redaktion: Berggasse 1.  
Verlag: S. H. W. Berggasse 1. Dresden

Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ erscheint wöchentlich (Sonnabend) mit dem Beiblatt „Nach der Arbeit“ Preis monatlich 60 Pf., Vierteljährlich 2 M., 30 Pf. Nr. 242. Dresden, Sonnabend den 17. Oktober 1891.

## Sozialdemokratischer Parteitag.

Erfurt, 15. Okt. 1891.

Um 10 Uhr eröffnet Singer die erste Sitzung mit einer Begrüßung der aus dem Ausland zurückgekehrten Parteigenossen. Es sind erschienen bisher der Holländer van der Guff und die österreichischen Genossen Czermak und Neumann. Eine Anzahl von Begrüßungen sind eingegangen vom Generalkonvent der französischen Arbeiterpartei, von den Genossen in Madrid, von dem deutschen Kreisverband in Paris; aus dem Inlande herbei ebenfalls viele Glückwünsche und Telegramme ein.

Darauf tritt man in die Tagesordnung ein. Ruch erzählt das Wort zur Vertretung. Der Bericht sei ausführlich im Druck niedergelegt und jedem Parteimitglied zugestellt; daher wolle er die Zeit nicht verschwenden, dies Alles zu wiederholen; er wolle nur Ergänzungen des einen oder anderen Art. geben mitteilen. Der Parteivorstand habe regelmäßig zwei Sitzungen abgehalten, außerordentlich habe es noch eine dritte und vierte Sitzung stattgefunden; so seien alle Geschäfte prompt und schnell erledigt worden. Alle erledigten Punkte seien bekannt; die Gründe hierfür seien mit einander abzuhandeln. Dasselbe müßte die Parteigenossen überall mit Briefen vom Parteivorstand thun, da dieselben unter Umständen leicht den Forderungen der Parteigenossen entgegen kämen. Der Umfang der Arbeit zwischen Parteivorstand und Parteigenossen sei sehr umfangreich gewesen, 2500 Briefe seien in den letzten 11 Monaten vom Parteivorstand und geschrieben, an denselben sind 3200 eingegangen. Dazu massenhaft Parteizettel, Zeitungen usw. Die Zahl der Briefe, mit welchen Verbindungen gehalten wurden, betrug 879. Die Zahl der Briefe, wo wir organisierte Parteigenossen haben, ist natürlich noch viel größer. Der Parteiführer habe außerdem noch eine betrübende Anzahl von Korrespondenzen (durchschnittlich 4-6 Briefe pro Tag, abgesehen von Selbstbestimmungen) zu befehlen. Die wichtigsten Gelegenheiten wurden gemeinsame öffentliche Versammlungen abgehalten unter Führung der 7 Kontrolleure; bei diesen Sitzungen wurde fast stets volle Einheit erzielt. — Was die Agitation betrifft, so sei sie allerdings noch nicht so umfangreich geworden, wie der Parteivorstand selbst zugibt; der Vorstand kenne noch nicht alle agitationsfähigen Personen in der Partei, konnte daher nicht allen Wünschen in allen Theilen des Landes nachkommen. Besonders auf der Provinz seien viele Klagen gekommen, daß die Agitation nur in den großen Städten bleibe; aber selbst in den großen Städten ist Mangel an agitationsfähigen Personen. Auch die persönlichen Verhältnisse hindern Menschen, sich zur Agitation zur Verfügung zu stellen. Selbst in Berlin ist es sehr schwer, für die vielen Versammlungen Refe-

renten zu finden. Dabei mögen die Genossen, welche Personen, die agitorisch im großen Kreise tätig sein können, wissen, die Namen derselben dem Parteivorstand mitteilen. Es sei falsch, wenn die Parteigenossen blüß fremde Redner, Reichstagsabgeordnete höher schätzen, als die einheimischen. Mit dem Amte wachse auch nicht immer der Verstand. Im Laufe der nächsten Zeit werde dies besser werden; neue Kräfte treten auf; je länger wir im vollen Maße der Öffentlichkeit kämpfen, um so mehr werden wir tüchtige Leute herausfinden.

Auch über Mangel in guten Agitationschriften sei vielfach geklagt worden. Diesem Wunsch, solche Schriften zu schaffen, schloß sich der Vorstand vollständig an. Auf allen Kongressen habe man in dieser Richtung Beschlüsse gefaßt. Aber die Ausführung dieser Beschlüsse sei eine sehr schwierige Aufgabe; Wissenschaftlichkeit und populäre Schreibweise mit einander zu verbinden, sei ein Geheimnis, in welches Wenige eindringen. Wir haben zwar sehr viele gute Broschüren, aber das Geringe, welches wir erst gewinnen wollen, bei der länderweiser Verbreitung, heißt noch keine sozialpolitische Ausbildung, die notwendig ist, um diese Broschüren zu verkaufen. Für das Land bleibt daher wohl das Wichtigste die mündliche Agitation. Einseitige Broschüren oder Flugblätter für die gesamte Landbevölkerung lassen sich nicht schaffen; die Verhältnisse der verschiedenen Landtheile gehen weit auseinander; die lokalen und provinziellen Verhältnisse müssen besonders berücksichtigt werden. Die Ausführung solcher Agitationschriften müsse daher von den einzelnen Landstrichen selbst besorgt werden; Geldmittel dazu wolle die Parteikasse gern liefern. So viel in seinen Kräften stand, habe der Vorstand getan; so habe man Viechnach's „Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen“ massenhaft verbreitet, doch die länderweiser Verbreitung habe dieselbe, wie sich gezeigt hat, noch nicht verstanden. Deshalb grüßte man zu passenden Reichstagsreden zurück, z. B. die Rede von Bebel's, welche besonders die Agrarverhältnisse behandelte, die Rede über Selbstentwässerungen von demselben Verfasser, „Zur Landtagung“ usw. Diese Broschüren hatten wohl große Wirkung; doch vielfach sagte man, daß dieselben auch zur Genugthuung des Landproletariats noch zu gelebt seien.

Die mündliche Agitation auf dem Lande ist sehr schwierig. Wenn alle, die Vorwürfe wegen zu geringer Landtagung machen, leistungsfähige Landtagungsmänner wären, so wäre es recht. Auch die Abreise der Erde sei ein schweres Hindernis. Dennoch habe man vielfach von eigener Seite verlangt; dies müßte aber gänzlich abgelehnt werden, denn die Kosten würden ganz unerträglich für die Partei sein.

Was die Presse betrifft, so seien auch hier

viele Wünsche unerfüllt geblieben. Viele Wünsche haben dem Parteivorstand unberechtigt erschienen. Der „Vorwärts“ habe zum Mindesten ein gutes finanzielles Resultat ergeben. Die Berliner Genossen wünschten mit Recht bestimmenden Einfluß auf die Lokalpresse; das erkennen der Parteivorstand gerne an; man möge deshalb eine Kommission ernennen, welche die Aufsicht habe, doch müsse diese Kommission mit dem Parteivorstand, nicht neben ihm berathen. Das Blatt in einen politischen und in einen lokalen Theil gänzlich zu theilen, lasse sich nicht durchführen. Die Berliner Opposition habe geklagt, daß aus Parteimitgliedern die Lokalpresse Deutschlands nicht genügend unterstützt worden sei. Aber man sehe sich den Beschluß des vorigen Parteitag an, daß die Lokalpresse nicht aus Mitteln der Parteikasse unterstützt werden solle; daran habe sich der Vorstand gehalten, wie es seine Pflicht sei. Im Einzelnen habe doch der Vorstand für die Provinzialblätter Unterstützung gegeben, wenn die Nach der Verhältnisse dazu in höherem Maße drängte; allerdings das Königsberger Blatt sei nicht zu halten gewesen, da die dortige Verhältnisse sehr unbedeutend waren. Ferner sei vielfach der Wunsch ausgesprochen, ein Wochenblatt zu gründen, welches gewissermaßen die Quintessenz des geistigen Lebens der Partei enthalten sollte; diesem Wunsche stehe der Parteivorstand nicht feindlich gegenüber, aber man möge diese Frage sehr richtig überlegen. Besonders Genossen im Auslande bezogen den genannten Wunsch, um mit der heimathlichen Partei in enger Verbindung zu bleiben.

Freie Kritik und unbeschränkte Diskussion sei selbstverständlich in unserer Partei. Aber die Form, welche von der sog. Opposition gewählt worden sei, halte der Parteivorstand für unzulässig; in Berlin besonders werde jedes Wort aufgegriffen, aufgedreht; mit Recht wünschten die Parteigenossen, daß reiner Boden geschaffen werde. Die Opposition müsse ihre Anschuldigungen beweisen oder widerrufen oder die Partei werde wissen, was sie zu thun habe; seien die Anschuldigungen unwahr, so müsse man das Tischtuch zwischen der Partei und diesen Herren entzwei schneiden. (Lebhafter Beifall.)

Es ist ein Antrag Niederbauer's Berlin eingelaufen:

Beantworte, daß in Zukunft bei Gelegenheiten, wie beispielsweise am 1. Mai und ferner bei der Antiformalagitation, die Resolutionen, die bei diesen Gelegenheiten angenommen werden sollen, nicht vom Parteivorstand verfaßt werden und dann den Genossen zur Annahme empfohlen werden sollen, sondern es einer jeden Provinzialpartei überlassen sei, ihre eigenen Verordnungen in einer Resolution zusammenzufassen.

Nach einer Reichstagsordnungsdebatte wird beschlossen, die Fragen der Presse u. aus der De-

batte abzuhören und später besonders zu verhandeln. Darauf hat das Wort Gen. Schulz als Berichterstatter der Kontrolleure. Beschwerden gegen die Proktion und Parteilitung seien niemals eingelaufen, auch nicht von Seiten der Opposition. — 3 Beschlüsse sind einstimmig angenommen, bei denen die Kontrolleure zugegen waren. Die Kasse wurde früher monatlich, in letzter Zeit vierteljährlich geprüft. Alles hat sich stets in bester Ordnung befunden. Der Parteitag möge daher dem Parteiführer Decharge erteilen.

Werner: Er habe den Bericht des Parteivorstandes nicht genauer gelesen, sondern die Anfragen gegen die Opposition. Am 12. September habe der Parteivorstand im „Vorwärts“ einen Aufruf erlassen, die Opposition solle ihre Vorwürfe beweisen. Es gebe in Berlin aber keine organisierte Opposition, sondern nur Einzelmänner; daher konnte keine Opposition etwas beweisen. Jeder einzelne ist für sich selbst als verantwortlich anzusehen. Er gebe nur auf seine eigenen Anmerkungen ein, für Andere habe er keine Verantwortung. Er habe niemals irgendwie die Parteilitung angegriffen. In einer Schlußversammlung am 9. Juni dieses Jahres, wo er über Vorfälle referirte, habe er gesagt, unter dem Sozialistengefuge konnte die Partei mit ihren Zielen nicht offen hervortreten; davon kam er auf die Rede Vollmar's vom 1. Juni, über die der „Vorwärts“ während 9 Tage geschwiegen hat. Diese Rede sei opportunistisch und chauvinistisch gewesen; weil dieselbe unwidersprochen blieb, hielt er es für nöthig, die Sache aufzurühren. Darauf haben die Schlußmacher Vollmar ausgeschlossen; damit habe er nicht zu thun gehabt. ... Singer er unterbricht den Redner, er spreche über Taktik, aber nicht über den Bericht der Parteilitung.

Werner fährt fort, er müsse darauf eingehen, weil ihm das alles ja als Parteiführung vorzuerwerfen sei. Da kamen die Parteiführer und griffen ihn, Werner, aufs heftigste an, besonders das „Hamburger Echo“. Er habe Vollmar nur sachlich bestritten, warum habe man ihn da so maßlos beschimpft? — Dann in der Feinspalast-Versammlung kam es wieder zum Streit. Föhrer sagte dort, die deutschen Genossen brauchen sich von den Ausländern nichts verschreiben zu lassen bezüglich des 1. Mai. Da habe er die internationale Solidarität betont und gesagt, es sei opportunistisch, den Achtstundentag erst für 1898 zu fordern. War das eine parteigenössliche? Er wolle diesen Achtstundentag sofort gefordert wissen. Wenn er da von Opportunismuspolitik geredet habe, so sei das noch nicht parteiführend. Grillenberg aber habe ihn aufs schimpflichste deshalb beschimpft. Da möge man mit beiden Seiten ins Gericht gehen. Bebel sei nervös und erregt gewesen; er auch zuweilen, man müsse ihm deshalb nachsehen; er habe auf einen großen Klotz einen

## Feuilleton.

### Sonderbare Schwärmer.

Roman von Max Reher.

14) Er wurde die Krallen dieses Teufels nicht mehr los und beschloß, dessen Rath zu befolgen. Er begann mit seinem Gelde zu wuchern, das Geld begünstigte ihn, und seine Spekulationen hatten einen Riesenerfolg.

Er kaufte Eisenbahnen und die Millionen sammelten sich in seiner Tasche an wie süßes Honig, und das Beste dabei war, sie blieben wirklich darin. Und als er zum Schluß in den unvorstellbaren Höhen der Höhe, die er am Colorado angekauft hatte, Silberminen entdeckte, die einen endlosen Schatz des Reichthums bargen, war der hundertfache Wohlstand fertig. Eines Tages war der Teufel in seiner Brust wieder verschleiert, und die Wunden seiner Krallen waren vernarbt. Der Geist Koloff war gestorben und der Dämonisch war wieder auferstanden. Jetzt konnte er sein reformatorisches Werk beginnen — er hatte Geld genug. Man kaufte ja Alles: Orden, Titel, Ehrenstellen, selbst die Liebe — Alles, Alles, weshalb sollte er sich nicht auch die Anwartschaft zu einem hohen Reformator kaufen! Gezielt blies er treppchen immer noch, wenn auch im edlen Sinne. Und wenn er je in seinem unbegreiflichen Willen auf Minuten schwankend wurde und die Ansicht vom Leben, daß der Untergang der Welt doch schließlich der einzige Lohn sein würde, den er als elende Seele seiner äppigreifen Saat bereiten einheimen würde, die Oberhand bekam, dann nahm er den Wein seiner Mutter in die Hand und die ganze Aufmerksamkeit rief sich zu einem einzigen Sturm der Dämonen gegen den Mann, um dessen willen er so lange geschachtet hatte — gegen seinen eigenen Vater. Die Rasche machte aus dem Mann einen Charakter einen kleinen.

Heute wollte er sich wieder zu neuem Kampfe rüsten, als er den Brief durchschauen begann, und wie sehen ihn in einer Art heftigen Aufregung, als er geendet hatte.

„Mutter — Mutter —“. Er rief es noch einmal mit leiser, halbverwehener Stimme und sah dann, immer noch das Gesicht in die Hände vergraben, da, bis die irdische Welt ihm schlief. Da fuhr er zusammen und kam in die Wirklichkeit zurück. Um diese Zeit begannen seine Zwischstunden und dauerten in den Vorjahren hartem allem Anschein nach wieder ein paar Tag und Nacht — also wieder Mann sein.

Er stand auf, neigte das Gesicht an der Theile mit etwas Wasser und griff nach dem Ringelzug. So, ein alter weidmüthiger Reiter von betrieblischer Gestalt, der Koloff auf allen seinen Reisen gefolgt war und ihm wie ein Hund diente, trat ein, und Koloff gab ihm die Zeitung, die draußen stundenlang einzeln eintreten zu lassen. Da waren Baummeister von europäischem Ruf, mit denen Koloff über seine Bauprojekte zu konferieren hatte, die ihm Pläne und Aufträge verlegten, und Summen von Hunderttausenden floßen hier von Mund zu Mund, als handelte es sich um Kleinigkeiten, die nicht der Rede werth sind. Mit reichem Blick überließ Koloff Alles, erkannte die Mängel einer Sache sofort und verstand es mit wunderbarer klarer Anschauungsweise, ihre Vorzüge hervorzuheben. Dann gab er Anweisungen auf große Summen und erfuhr die Herren, nach dem Bureau zu Herrn Ahlfeld zu gehen, der die nöthigen Anordnungen treffen würde.

Und kaum hatte er einen Moment Athem geschöpft, so öffnete Sam bereits wieder die Thür, und herein trat sich drehend und wendend ein mittelgroßer, dickdickiger Mann mit wohlgenährtem Gesicht, dem man den Pfälzer von Profession auf hundert Schritte ansehen konnte: ein Hausbesitzer und Zöpfermeister oder Ofenfabrikant, wie

er sich lieber nennen ließe, mit dem Koloff wegen einer Baupläne in Unterhandlung stand, und der gekommen war, endlich, nachdem er genug „in die Hölle getrieben“ hatte, unter heiligen Eiden zu versichern, er würde zwar jetzt in den von Koloff fixirten Preis nicht willigen, da aber sein Hausarzt seiner „leidenden“ Frau „wäglich“ einen längeren Aufenthalt gestatten habe und er sie begleiten müsse, wolle er schließlich die Hausangelegenheiten ordnen und sich in das „Unvermeidliche“ fügen. Dabei benutzte er die Gelegenheit sofort, sich, da er von den großen Bauprojekten Koloff's gehört habe, als bestrenommirter, mehrmals prämiirter Zöpfermeister zu empfehlen, überreichlicher Preisforderung und erging sich in eine Stunde unterthäniger Bitten und Anpreisungen, daß Koloff, um den Schwäger endlich los zu werden, verpösch, seine Anerbietungen in Erwägung zu ziehen. Dann schloß er ihn ebenfalls zu Ahlfeld, der den Kaufvertrag stipuliren sollte.

Der Herr Ofenfabrikant begann, sich zu empfehlen, daß heißt, er konzentrierte sich mit dem Rücken der Thür zu, in Bindungen, die den Eindruck hinterließen, als fühle er sich außerst unbehaglich auf dem glatten Parquetboden, und als könne er die Zeit kaum erwarten, wo er sich wieder im Schlafrock als Hauspapa fühlte, und die lange Pfeife im Munde, seiner „leidenden“ Frau den Kaufvertrag vorlesen könne, zu gleicher Zeit sich in Wahrscheinlichkeitsrechnungen ergebend über die auskömmlichen Lieferungen von so und so vielen Kacheln und Ziegeln übermitteln.

Im Vorzimmer trampelte er an Sam an und wollte in seiner Herzensfreude sogar in die Küche greifen, um die Frage, wo Herr Ahlfeld zu finden sei, mit klingender Stimme einzuliefern, als er plötzlich dicht hinter dem Reiter einen etwas lebend aussehenden, hochgewachsenen jungen Mann, erblickte, dessen bloßer Anblick im Stande sein mußte, die größte Ueberraschung bei ihm hervorzurufen,

denn die gezogene Pöde bekam einen Ruck, daß das harte Geld, daß er sechsen in den Schütz geblättert hatte, zur Erde fiel und die einzelnen Münzen nach allen Seiten rollten. Sam bückte sich sofort, während der Herr Zöpfermeister mit baldgedünstetem Munde sein Gegenüber anlarrte. Endlich stammelte er halb polternd hervor: So — so — Sie sind's — Sie, Herr Ritter. Haben Sie hier auch zu thun, wenn ich fragen darf?

Ueber das Gesicht des jungen Mannes glitt eine süchtige Röthe, dann erwiderte er vorlegen: „Ja — ich habe — ja wohl, Herr Holzig, ich habe hier auch zu thun. Sie erlauben wohl — ich bin sehr an der Reihe.“

Damit schritt er vorbei und Sam erhob sich sofort, die gesammelten Geldstücke in der Hand und öffnete die Thür zu Koloff.

Herr Holzig blickte einige Sekunden unverwandt auf die Thür, hinter welcher der junge Mann verschwunden war, dann einige Sekunden ebenso unverwandt auf Sam, der ihm die große, langfingerige Hand mit dem Gelde entgegenstreckte hielt. Er schien dieses Zusammentreffen hier immer noch nicht fassen zu können. (Fortf. folgt.)

## Weiteres.

Mama: „Sag mir nur, Mädchen, warum willst Du noch nicht heirathen?“

Tochter: „Weil ich noch etwas lernen will!“

Mama: „Ach, das ist ja den Männern ganz egal.“

Tochter: „Ja, Du meinst, Jeder ist wie Papa!“

Paater-Stolz. Die Szene spielt in einer amerikanischen Schule. Der Lehrer zu einem Schüler: „Wer war der erste Mann der Welt?“ — „George Washington!“ — „Ist die ganze Klasse auf einmal.“ — „Aber, Kinder, habt Ihr denn niemals von Adam reden hören, dem Mann der Eva?“ — „Ja, aber das war ein Fremder!“

großen Reil gefehlt. Der „ante Ten“ sei von Ersten Nichts gegen Neumanns und Wilke auch nicht gewahrt.

Wenn er ferner von Schmaropern und Schlepenträgern gesprochen habe, so habe er nirgends gemeint, Geld sei an solche Individuen gegeben worden. Waack hat früher einmal gesagt, „Singer habe mit seinem Geld die Fraktion korumpirt, werde noch die ganze Partei korumpiren.“ Glode habe ähnliche Dinge gesagt. Er, Werner, habe dies öffentlich zur Sprache gebracht; es sei besser offen heraus zu reden als hinter den Rücken zu intrigüiren.

Mit dem Flugblatt siehe er in seinem Zusammenhang. Das habe er immer gesagt. Er sei nicht „Führer der Opposition.“ Er verwehre sich noch, mit allen Elementen der Opposition zusammenzukommen zu werden.

Was die Presse betreffe, so sei es ihm unbegreiflich, daß man das „Königsberger Volksblatt“ habe eingehen lassen; es sei ein Vollwerk gewesen in jenen noch zurückgebliebenen Provinzen; war es als tägliches Blatt zu theuer, so hätte man es zu einem dreimal wöchentlichen machen sollen. Die Broschüren verküpfen sehr viel an Werth, weil sie zu theuer sind. Man müsse gratis Broschüren zur Mittheilung erhalten. Die Beschwerte gegen den „Vorwärts“ seien sehr berechtigt; die dort gebotene Rost habe ihre Mängel; der Ton gegen Eugen Richter sei nicht richtig gewesen, er wolle damit dem alten Genossen Viehrecht hiermit nicht nahe treten; ebenso der Ton gegen Neumanns, daß er Hölle gewesen sei, es mit der Wahrheit nicht genau nehmen usw.; solche Dinge gebühren nicht in das Zentralorgan. Die Berichte der Versammlungen seien oft nicht richtig angefertigt worden; dazu eingehende Erklärungen habe der „Vorwärts“ abgewiesen. In der Angelegenheit Heine sei dieser vom „Vorwärts“ bevorzugt worden. In der Debatte über die Reichstagswahl, daß er, weil er in der Minorität sei, doch seine Meinung offen zum besten gebe? Doch nicht. Sonst könnte Minorität nie Vorrang finden.

Die Parteipresse müsse auf Annoncenfang geben, schmerzhaft Annoncen aufnehmen, solche Rost in Worte bieten, daß recht viele Abonnenten erhalten werden, wodurch Verloschung in der Presse eintritt, weil kein Geld aus der allgemeinen Kasse dazu gegeben werde.

Es zeigt die betreffende Nummer der „Frankl. Tagespost“, wo der Exerzierstand bei dem Artikel über den Tod Kaiser Friedrichs angebracht sein soll, welche Sache in Berlin bekanntlich Staub aufgewirbelt habe.

Antrop Kuerbach u. Gen. geht ein:

Der Parteitag beschließt die Parteileitung, in denjenigen Bundesstaaten, in denen ein Verfallprek, gleichviel ob täglich oder in längeren Zwischenräumen erscheinend, zur Fortentwicklung der Bewegung unserer Grundsätze genöthigt ist, und wo die Mittel zur Unterhaltung der Presse von den Genossen dieser Landesparteien nicht aufgebracht werden können, die Gründung und Erhaltung derartiger Organe aus den Parteieinnahmen zu unterstützen.

Ferner reicht Schulze-Königsberg u. Gen. folgenden Antrag ein:

Es ist vorausgesetzt, daß der „Vorwärts“ von den meisten Genossen nicht gehalten werden kann, die übrigen Parteibüchler in Deutschland aber einen mehr oder weniger lokalen Charakter tragen und daher eine allgemein betrachtende Uebersicht der Parteiverhältnisse nicht geben können, beantragen die Königsberger Genossen: Die Beschaffung eines einmal wöchentlich erscheinenden Organs, welches neben dem „Vorwärts“ in gedrängter Kürze eine Uebersicht über alle politischen und wirtschaftlichen Fragen des In- und Auslandes, sowie über die Arbeiterbewegung aller Kulturstaaten berichtet, unter Berücksichtigung statistischer Materialen.

Rieber u. a. u. Berlin begründet seinen obenmitgetheilten Antrag. Es sei wenig Vertrauen zu den Genossen im Lande, wenn man ihnen eine Resolution vorschlägt. — Die Berliner wünschen ihr Blatt selbst zu leiten. Mit Beschwerden ist es solche Sache, man thut das nicht gerne. — Warum drucke man die Resolutionen gegen Volkmars nicht im „Vorwärts“ ab, andere aber von den Genossen im 6. Kreise drucke man fallig ab. Werner habe auf die Resolution gegen Volkmars keinen Einfluß gehabt. Der „Vorwärts“ habe die Rede Volkmars nicht abgedruckt.

Voetge-Wagdeburg: Warum habe der Parteivorstand Anlaß genommen, sich in die Wagdeburger Verhältnisse einzumischen? Welche Taktik sei das? Die Budauer haben sich abgespalten, einen eigenen Vertrauensmann erwählt, und Gen. Richter habe ihnen recht gegeben.

Kuer verweist Voetge auf das Organisationsstatut, welches den Budauern die Wahl eines besonderen Vertrauensmannes erlaube. Der Parteivorstand habe Kets bei Differenzen, ob nur ein oder mehrere Vertrauensleute in einem Kreise sein sollen, den Parteigenossen überlassen es zu machen wie sie wollen. In Budau haben sich die Genossen einen selbstständigen Vertrauensmann gewählt, die Parteileitung habe ihn einfach anerkannt.

Schulze-Wagdeburg: Die Budauer haben den Majoritätsbeschuß des Wahlkreises gebrochen; das habe in Wagdeburg schweren Schaden gebracht. — Die Opposition wirke nicht schädigend, das sehe man aus den Erfolgen unserer Partei in letzter Zeit. Daß die Gegner unsere Aussprüche auswendig, ist auch in anderen Dingen der Fall, deshalb müsse freie Kritik bleiben. Man solle den Berliner Genossen vielmehr dankbar sein, daß sie die erste Anregung in der Frage Volkmars gegeben haben. Heine habe vor dem Landgericht in Wagdeburg gesagt, er habe auf dem Boden der Parteigenossen die Partei verlassen; Heine's Ausführungen

dazu habe der „Vorwärts“ aufgenommen, Hartogs Erwiderung aber nicht. Das habe mit Recht in Wagdeburg großes Aufsehen gemacht. Man soll lieber gegen Heine und solche Genossen, die den revolutionären Geist mit Füßen treten, vorgehen, als immer gegen die Opposition.

Wien: Johannisthal: Er führe Beschwerde gegen die Reichstagsfraktion, weil nicht genug Genossen zur Landtagsagitation verwendet wurden. In der Nähe Berlins könne man wohl begünstigt werden, die Genossen seien darüber böse. Lutzow u. B. habe sich mit seinem Gesandte entschuldigt. — Die Zeitungen seien bei der schlechten wirtschaftlichen Lage zu theuer. Das Tellow-Beecker Blatt wünsche finanzielle Beihilfe vom Parteivorstand, das wurde abgewiesen. — Er habe mit der Berliner Opposition nichts zu thun; Werner sei Kandidat in seinem Wahlkreise, er kenne ihn daher; dafür halte man ihn aber gleich mit als Oppositionellen.

Swald in Brandenburg: Werner habe heute sehr ungeschickt geredet. Im Lande habe es Monate lang Aufregung gegeben; nun sagen aber die Herren, wir haben nichts getan, wir wärschen unsere Hände in Unschuld. Das sei dasselbe Spiel, wie in Halle. Beschwerden habe man nicht für nöthig gehalten. Die Opposition habe sehr geschadet; unsere Erfolge wären viel größer geworden, ohne diese Berliner Vorgänge. Auf den Dörfern sehe man und jetzt sehr an. Wo man und früher freundlich gekannt war. Kein Gegner habe uns jemals so geschadet, wie jetzt die Opposition. — Er sei gegen eine Kommission zur Prüfung des „Vorwärts“; dies könne er nur für den letzten Theil des Jahres zugeben. — Er sei für ein billiges Wochenblatt, welches den Centralaus dem „Vorwärts“ enthalte.

Stühne-Hamburg spricht über die Verhältnisse im „Hamburger Echo“. — Bei der Wahl im 19. hannoverschen Wahlkreise habe man Agitationen dabeit versprochen, aber sein Wort nicht gehalten. Wolfenbutel, der so sehr geeignet sei für Landtagagitation, sei der weit in Süddeutschland auf Agitation gewesen. — Er wünscht Aufklärung über die Darlehne, welche im Bericht erwähnt sind.

Kuer: Kühne sei doch nicht recht unterrichtet über die Vorgänge. Wolfenbutel ist in dieser Zeit hauptsächlich im 12. hannoverschen Kreise gewesen. Außerdem waren Wegner, Bruns, Uetsh, Jörder, wohl auch Frohe zu der Zeit in dortige Kreise, welche ganze Agitationen ohne doch nicht dorthin gehen!

Bebel: 25,562 Mk. sind als Darlehne gegeben. Darunter sind 8000 Mk. für Kauflausleistungen für verarbeitete Parteigenossen; dies Geld zu geben ist Pflicht der Partei. 6000 Mk. sind Darlehen für Vertheilung. In erster Zeit hatten wir hierfür nicht gegeben. Später, als einige wichtige Mütter auf dem Spiele standen, sind wir mit Geldbeiträgen beigefahren. Der Rest ist an Gemahrgeld wegen politischer Thätigkeit gegeben worden; dies ist nicht zu vermeiden und wohl im Nutzen der Partei gewesen.

Storch-Stettin befragt sich, daß die Landtagagitation in Hannover nicht genügend von den Reichstagsabgeordneten besorgt worden sei. Ueberhaupt sei Hannover viel zu wenig unterstützt worden. Da keine Besale vorhanden sind, so möge man auf offenem Felde Versammlungen abhalten. — Die Opposition hätte nicht mit maßloser Kritik vorgehen sollen, sondern Beschwerte führen sollen.

Blume-Hamburg theilt mit, daß in Hamburg keine zweite bezüglich des Parteiblattes vorhanden sind. Werner erklärt, nur für sich verantwortlich zu sein. In dem Flugblatt über die Rede von Parteigenossen in allen Berliner Kreisen. Es mag keine formelle Einheit in der Opposition sein, so ist doch eine geistige Einheit vorhanden. Es ist sogar unethisch, wenn Werner jetzt die übrige Opposition von seinen Rücksichten ausschließen will. Die Hamburger Genossen sind unzufrieden mit der Opposition.

Emmel-Frankfurt a. M.: Die Opposition thut heute sehr zäh, ganz anders wie in Berlin. Allerdings hätte auch die Majorität anständiger im Tone bleiben müssen. Die einzelnen Oppositionellen sollen sagen, ob sie auf dem Boden des Flugblattes stehen oder nicht; stehen sie auf diesem Boden, so unterzeichnen sie sich allerdings prinzipiell von der Sozialdemokratie. Undemokratisch habe allerdings auch Reichstagsabg. Schwarz gehandelt. — Es seien über 94,000 Mk. Ueberschuß in diesem Jahre für die Parteikasse erzielt. Wozu dieser große Ueberschuß? Derselbe hätte doch besser für die Agitation verwendet werden können. —

Wildeberger-Schweid: Er spreche vorläufig nur zu seinen Weisungen. Wir sollen die Partei geschädigt haben. Hat es dann nicht mindestens ebenso geschädigt, wenn der „Vorwärts“ die Angelegenheit von Lützen zurückbehalten von 40—50 Mk. Parteigelder so aufgebraucht hat? Kuer sprach von unethischen Elementen; man solle Lützen dieses treffen. Er habe gesagt, ein Abgeordneter habe Geld empfangen; das sei wahr; den Namen wolle er nicht nennen. Er habe ferner gesagt, 1/3 der Reichstagsabgeordneten habe den Entwurf zum Arbeiterschutzgesetz nicht gelesen. Das habe er im guten Glauben getan. Ein Abgeordneter, mit dem er sprach, habe den Inhalt nicht gekannt. 1/3 mag übertrieben gewesen sein, aber unmöglich war es nicht; ein Abgeordneter hat das bestätigt. Es sind in der Partei viel härtere Dinge behauptet worden, als wir es

gelten haben, aber uns hat man maßlos angegriffen, als jeden anderen.

Bebel: Wildeberger hat gesagt, es seien 8—5000 Mk. an einen Parteigenossen gegeben worden. Das erzählte Jöbermann als Geschenk. Daran ist aber kein Wort wahr. Kein Fraktionsmitglied kann sagen, daß ihm der Entwurf nicht bekannt gewesen sei; der Entwurf ist 14 Tage zuvor an jeden Abgeordneten geschickt mit der Aufforderung, seine Anträge dazu einzureichen. Ferner hat die Fraktion nochmals besonders berathen und darauf ist der Entwurf mit der Unterschrift sämtlicher Abgeordneten an den Reichstag gegangen. Ueberdies kamme derselbe bereits in der Hauptsache aus dem Jahre 1885, sei also schon längst bekannt gewesen. Wildeberger möge die Namen der beiden Abgeordneten nennen, die ihm jene Aussagen gemacht hätten.

Wald erklärt das Wort zu einer Erklärung. Ich soll gesagt haben: „Stellen Sie Singer nicht auf, der habe mit seinem Geld die Fraktion korumpirt und wird noch die ganze Partei korumpiren.“ In dieser Form habe ich diese Aeußerung nicht getan; allerdings war ich im Auftrag meines Kreises damals gegen Singers Kandidatur. Wir wollten einen Arbeiter als Kandidaten. Bei Singers humanem Sinn, der ihn zu zahlreichen Unterstützungen veranlaßte, fürchteten wir, daß die von ihm Unterstützten ein blinder Anhang für ihn werden könnten. Singer hat dies selbst eingesehen und hat später nur noch auf Beschluß der Partei neue Unterstützungen gegeben.

Darauf schließt Singer um 1/2 Uhr die Beamtungsitzung.

Erfurt, 15. Oktober 1891.

Klos eröffnet die zweite Sitzung (Donnerstag Nachmittag). Er verliest viele Dutzende von Begrüßungsschreiben und Telegramme.

Pfanntuch erhält Bericht über die Prüfung der Mandate. Es sind 290 Delegationen mit ordnungsgemäßen Mandaten versehen. Dazu sind 14 Personen der Parteileitung und Fraktion zugeordnet, ohne Mandat annehmend.

Das Wort hat ferner Gen. Agner-Stuttgart. Er wünscht, daß der neue Parteivorstand in seinen Antworten an die verschiedenen Genossen sich eines warmeren brüderlichen Tones befleißigen möge. — Für die Opposition ist es bezeichnend, daß Wildeberger von einem oder zwei Abgeordneten bestimmt wissen will, daß sie von dem Entwurf des Arbeiterschutzgesetzes keine Kenntniz hätten; daraus hätte er aber 1/3 aller Abgeordneten gemacht. In dieser Weise sei alles maßlos übertrieben worden.

Wiest-Rhein: Es sei jeder Vorwurf betreffend des Königsberger Blattes hinlänglich. Kuer's Ausführungen waren durchaus überzeugend und habe unsere vollste Anerkennung. Er billige den Standpunkt Kuer's auch gegenüber der Opposition; sie möge beweisen oder das Falsche werde einzuordentlich geschädigt. Die Opposition habe unüberdentlich geschädigt. Man mache mit ihr tabula rasa. Es ist eine Verbindung zwischen den oppositionellen Elementen allerdings vorhanden; die „Magd. Volkst.“ habe sogar das bekannte Flugblatt als Leitartikel abgedruckt. Wer bewußt oder unbewußt die Partei schmer schädigt, kann nicht in ihr bleiben.

Tätow-Berlin: Die die Oppositionen heute ist, so ist sie in Wirklichkeit gar nicht. In Berlin hätte man die Herren hören müssen. Jetzt suchen sie den Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Als Freunde haben uns die Herren, als Feinde wären sie uns gänzlich ungeschädigt.

Böner-Berlin wünscht eine Berliner Prekommission für den letzten Theil des „Vorwärts“. Der Antrag wiederum betreffend der Resolutionsen des Parteivorstandes sei zu verwerfen; es sei gut, daß die Parteileitung solche Resolutionsen vorschläge. — Die Opposition ist dabei geschlossene Gruppe; bei Verhandlung eines Genossen im dritten Berliner Wahlkreise habe man eine Annonce gelesen, daß sich die engeren Genossen des Wahlkreises betheiligen mögen. Die Opposition schreie über Diktatur der Parteileitung und über selber eine solche Diktatur im höchsten Maße. Man möge aber die Sache sehr ruhig auffassen. Auch in Berlin habe die Opposition die Bewegung sehr geschädigt; die Versammlungen werden leer. Es muß endlich ein ruhiger Ton wiederkehren.

Jakob-Berlin: Beschwerden sind zwar nicht an die Kontrolleure gelangt; doch sind einige Wünsche vorgebracht, welche in der Diskussion behandelt werden können. Die Kampfmethode der Opposition sei gänzlich zu verwerfen.

Bebel: Werner verbrauchte seine Zeit, indem er nicht zur Tagesordnung sprach, sondern zur Taktik; im Uebrigen sprach W. nur für sich, nicht für die Opposition, wie er sollte. Schulz-Wagdeburg sagt, der Parteivorstand hätte in Volkmars Angelegenheit sofort das Wort ergreifen sollen, dabei ist er sonst ein Gegner davon, daß der Vorstand überall gleich eingreife. Werner hat von Schmaropern gesprochen. Wir wußten, daß Waack damals gegen die Zeitung opponierte, trotzdem habe man ihm seine Stellung am „Vorwärts“ gelassen; das beweise die Objektivität des Vorstandes. Ähnlich sei es mit Glode geworden. Später sahen diese beiden, daß alle Versammlungen auf Unwohlheit beruhen. Wenn je eine Opposition, die mit großem Prunk aufgetreten ist, sich nicht löst und schließlich benommen hat, so ist es diese hier vor uns stehende. Wildeberger habe dem Parteitag von vornherein Parteilität vorge-

worfen; man wundere sich nur, daß er dann überhaupt hier erschienen sei. Es ist übertrieben, Beschwörungen auszusprechen ohne den geringsten Anhalt zu haben. Keiner von den Herren... Es gestaltet sich zu einer beständigen Scene zwischen Bebel und der ihm unterstehenden Opposition... Es ist wahr, daß ein Abgeordneter 2500 Mk. geliehen erhielt. Dieser Parteigenosse war 9 Monate im Gefängniß, seine Frau plötzlich vom Schlag gelähmt, sein Geschäft ruiniert; da haben wir erst Alles geprüft und nur unter aller Sicherheit demselben das Geld geliehen. Und daraus habe man solche Gemeinheiten geschmiebelt, daß die Parteileitung nach Hundstausende verschleudere. Ist das, was wir da getan, ein Parteiverrat, so werde er es sich zur Ehre rechnen, hundertmal solchen Verrat zu begehen. (Beifall der Versamml.) Bebel beantragt, eine Kommission von 9 Mitgliedern zu ernennen, welche die Anklagen der Opposition in Bezug auf die Parteileitung und die Reichstagsfraktion, sowie die Anklagen, daß die Parteileitung bezw. der Parteivorstand gegen die Parteilität verstoßen habe, zu prüfen und dem Parteitag Bericht zu erstatten habe.

Frohne-Hamburg: Das heutige Auftreten der Opposition steht in vollem Gegensatz zu dem bisherigen Auftreten in Berlin. Da „Echo“ sei von den Herren besonders angegriffen wegen angeblicher schändlicher Angriffe. Der betreffende erste Artikel im „Echo“ sei eine Aeußerung gegenüber dem höchsten Vorzeichen einer Berliner Gewerkschaftsversammlung gegen Volkmars. Das rief die Entrüstung der Hamburger hervor mit vollem Recht. Die Opposition habe keinen Anspruch darauf, mit Glacéhandschuhen angefaßt zu werden. Werner habe in Halle gesagt, die Streitart soll begraben werden und gleich darauf wurde die Streitart um so eifriger geschwungen. Die Berliner Herren seien anmaßend im höchsten Grade. Ein Widerruf könne ihm nicht genügen; wer so die Partei geschädigt habe, könne nicht in ihr bleiben.

Fischer-Berlin: Die Opposition kam hierher, um Anklage zu erheben; in Wahrheit beschränkte sie sich nun auf eine kleinliche Verteidigung. Werner kritisiert den Ton der Opposition auf schärfste, ebenso greift er die „Vollstimme“ an wegen verschiedener Ungebräulichkeiten. Wenn Werner sage, es gebe keine organisierte Opposition, so stehe damit im Widerspruch, daß ihn gestern die Opposition zum Gesamtredner gewählt habe. Ferner, wie ist das Flugblatt entstanden? Bei Herrn Werner hat dasselbe 14 Tage lang gelegen; beim Genossen Richter sei man mit dem Flugblatt gewesen (Nicht wahr! von Seiten der Opposition; Richter erklärt, es sei wahr!). Darauf habe man gesagt, hinter dem Flugblatt ständen Tausende von Genossen. Und jetzt wolle Niemand das Flugblatt geschrieben haben. Das sei eine Feigheit sonder Gleichen. Nicht wegen prinzipieller Verschwiegenheit, sondern wegen der Unsauberkeit wollen wir mit dieser Opposition abrechnen.

Sibel-Paderborn: Die Parteileitung sei auch oft empfindlich gewesen. Die große Masse habe oft wenig selbständiges Urtheil; oft hänge alles an einer einzigen Person, es entsetze eine Art Diktatur. Das berechtige aber Niemanden zu derartigen Oppositionen.

Pöner-Berlin: Es komme darauf an, den Typus der Opposition zu lassen. Das ist aber Werner, der immer Einem aus den Fingern zu rutschen versteht. Wir müssen die Individuen gewinnen, die Feinde besiegen; da müssen diese Dinge vorgehen.

Stöcker-Berlin: Werner habe ihm in die Debatte gezogen. Auch er habe Opposition gemacht. Das sei aber in geordneter Weise geschehen. Er habe im „Vorwärts“ alles geregelt vorgefunden.

Schulze-Königsberg: Man wolle in Königsberg ein Blatt gründen und ersuche den Vorstand um Mittel. Der Vorstand rief ab und erklärte, sein Geld dazu flüssig zu haben. Trotzdem gründen wir das Blatt. Es ging aber nicht und wir haben schließlich selbst ein, daß bei der traurigen wirtschaftlichen Lage bei und kein Blatt zu halten sei; wir billigen daher vollkommen das Verhalten des Vorstandes. — Redner spricht ferner dafür, daß der Vorstand Resolutionsen vorschläge bei wichtigen Anlässen. Er polemisiert ebenfalls gegen die Opposition. Er wünscht, daß künftighin solche Vorgänge nicht wieder vorkommen.

Es wird Schluß der Debatte gewünscht. Dagegen spricht Kuer, daß man solle der Opposition Gelegenheit geben, sich auszusprechen. Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Wernau-Berlin tadelt das System der Kontrolleure. Es muß eine Instanz da sein, vor welcher angesehene Personen geladen werden können. Man denke an die Vorgänge Frohe gegen Richter und Viehrecht gegen Richter. Ueber solche Dinge muß Licht gebracht werden. Da haben die Kontrolleure das Nothwendige nicht gethan, wohl weil es im Organisationsstatut nicht vorgeschrieben ist. Im 6. Berliner Wahlkreise seien weder nicht an die Parteikasse geliefert; da hätten die Kontrolleure gegen den dortigen Vertrauensmann vorgehen müssen.

13. Mainz. Er sei aus zwei Wahlkreisen beauftragt, mit der Opposition Redraum zu machen. Wenn wir heut nicht gegen die Herren vorgehen, haben wir auf dem nächsten Kongress etwas nach viel Schlimmeres. Schon reist das Uebel aus in der Provinz ein. Man lortere Penelope von der Opposition, aber man schließe die Thore hinter sich.

Die richtigen... folgenden... hin, daß... geschlossen... dem man... so groß... Parteigenossen... mit milde... daß die... wissen wo... vermischen... schärfste... soll Bericht... lenne die... aber er... handelt zu... die Oppos... alles her... Standpunkt... mag alle... das Reich... bekräftigen... Männer, die... zifiren kön... unbestimm... das Fischen... was je die... übertrump... gewisse Th... Partei ang... Verbrechen... unterdrück... gelassen... Aus den... werden... theilen... We d n... macher da... stehen. Da... 110 Person... zahl hat n... Selten der... notwendig... zulegen... man energ... Grill... hängsagen... betrafte, so... eines beson... elende Kap... Die Berlin... weit komme... haupt nicht... er aber... nicht als... burg!) Ja... sich die Pa... Diese Leute... getreten. U... 2500 Mk. ... zahlen, da... werthvolle... tribüne“ h... zeige, wie... Schreiber d... selben Leute... wir wollen... Wer s... wirke Schul... Heine... gegen den... die Parteig... haben. Des... der Wagdebu... Kater... einem Wahl... ständig eine... Budau gema... Versammlung... und dann be... sich mit der... Wahlkreise... worden. Es... genossen mel... würden. Traut... burger Opp... schilbert die... diese Oppos... daß die Ber... Oberland kom... Einferren... Sch mi... der Berliner... zugezogen... Schuld, daß... reich aus der... Wita g... fänden mit... Wahlkreise... Schädigung... Parteipresse... beschließen... Parteileitung... müssen zur... die Abgeordn... 304 übrig... fone Bewähr... hat nicht lä... fänden in der... Antrag Nieder... der Det mög... nicht immer... 10 fang

**Liebkecht:** Er wolle seine Thesen be- richtigern. Das Richter betrie, so linge die Sache folgendermaßen. Die „Voll. Ztg.“ wies darauf hin, daß ihre Aeußen von einer anderen Zeitung gestohlen seien ähnlich wie man die Fische, indem man die Fische heraustrenne. Richter habe so groß gegen uns geträpelt, daß seine eigenen Parteifreunde damit unzufrieden sind; er habe nur mit milder Satire geantwortet; es sei sonderbar, daß die Leute, welche vom Parlament nicht wissen wollen, immer den „parlamentarischen Ton“ vernommen. Er sei von Neuwahl durch aufschärfte angegriffen worden. Der „Vorwärts“ soll Berichtigungen nicht ausgenommen haben; er lenne die lokalen Verhältnisse nicht ganz genau, aber er glaube, mit großer Unparteilichkeit gehandelt zu haben, er habe gerade verhindert, daß die Opposition verewaltigt wurde; dieselbe durfte alles herausfagen. Er lege ganz auf Bebel's Standpunkt bezüglich dieser Art Opposition. Er mag alle möglichen Fehler an sich haben, aber das Recht freies Reden habe er niemals bekräftigt oder unterdrückt. Aber hier sind Männer, die keine Anklage, keinen Antrag präzisieren können; hier sind keine Thesen, nur unbestimmte Verdächtigungen. Die Herren haben das Reden der Gegner gestillt. Das Schlimmste, was die Gegner gesagt, haben diese Leute noch übertrumpft. Man hat nicht einzelnen Personen gewisse Thesen vorgeworfen, sondern die ganze Partei angegriffen; das ist ihr Vergehen, ja ein Verbrechen. Wir hätten diese Herren spielen unterdrücken können; wir haben ihnen Spielraum gelassen. Und nun? Sie wissen nichts zu sagen. Aus den Verdächtigungen sind die Angelegenheiten geworden. Die Kommission wird über Sie urtheilen.

**Werner:** Berlin vermahnt die Berliner Schach- macher dagegen, auf Werner's Standpunkt zu stehen. An jener Versammlung hätten nur etwa 110 Personen theilgenommen. Die große Mehr- zahl hat nicht damit zu thun. Vorschläge von Seiten der Theilnehmer seien für die Situation notwendig; der Antrag Niederauer sei also ab- zulehnen. Gegen die Mehrheit der Opposition müsse man energisch auftreten.

**Grillenberger:** Er wolle nur Einiges hinzusetzen. Was den erwähnten Trauerand betrafte, so sei das nur technische Herabsetzung eines besonderen Artikels gewesen. Auf solche elende Kappellen greifen diese Leute zurück. — Die Berliner Parteigenossen haben es selber zu weit kommen lassen; sie hätten den Werner über- haupt nicht mehr aufkommen lassen dürfen; in einer anderen Stadt hätte man diesen Mann nicht als Referenten benutzt (Rufe: In Magde- burg!) Ja, in Magdeburg hat man gelernt, wie sich die Berliner Herren rauspern und spucken. Diese Leute hätten die Parteifreunde mit den Füßen getreten. Wegen des gemeinen Unraths von den 250 R. müßte jetzt die Partei weit mehr Selbst- zucht, da wir mit diesem Zeug nun so viele werthvolle Zeit verdrängen müssen. Die „Voll- ständige“ habe Flugblätter prompt versendet, das zeige, wie wohl die Opposition organisiert sei. Die Schreiber der anarchischen Autonomie sind die- selben Leute. Wären sie zur Autonomie halten, wir wöken nichts mehr mit ihnen zu thun haben.

**Werner:** Berlin wendet sich gegen die Ver- wärte Schulze's Magdeburg.

**Herrn:** Halberstadt widerlegt den Vorwurf gegen den „Vorwärts“, ihn bezwungen zu haben, die Parteifreunde Berichtigung aber unterdrückt zu haben. Das weitere betrifft er scharf die Haltung der Magdeburger Oppositionellen.

**Kater:** Bardeleben ist der Ansicht, daß in einem Wahlkreise nicht eine Ortschaft sich selbst- ständig einem Vertrauensmann wählt, wie es bisher gemacht habe; man hätte eine öffentliche Versammlung für den ganzen Wahlkreis berufen und dann beschließen müssen. Er persönlich habe sich mit der Opposition wenig befaßt; in seinem Wahlkreise sei aber von Schöpfung nichts ver- spürt worden. Es sei zu wünschen, daß die Praktiker- genossen mehr zur Landtagitation herangezogen würden.

**Trautwein:** Quedlinburg will die Magde- burger Opposition etwas näher kennzeichnen, schildert die große Schädigung der Partei durch diese Opposition. — Daug-Freiburg wünscht, daß die Berliner Herren einmal ins Batische Oberland kommen mögen, sie würden bald mit ihren Einflüssen fertig werden.

**Schmidt:** Jindau zeigt, wie das Auftreten der Berliner Opposition bei den sächsischen Land- tagwahlen geschadet habe; er gebe der Opposition Schuld, daß Genosse Seiffert Glauchau nicht sie- glich aus der Wahl hervorgegangen ist.

**Wittig:** Halle ist im Allgemeinen einver- standen mit dem Bericht des Verstandes. Im Wahlkreise Merseburg-Duesfurt habe er keine Schädigung durch die Opposition bemerkt. Die Parteipresse habe auch geschick, habe die Gegenläufer verschwiegen. Man sollte sich nicht immer auf die Parteilichkeit verlassen; die Parteigenossen müssen zur Selbstständigkeit erzogen werden. Die Abgeordneten im Reichstage haben wohl kaum Zeit übrig für die Landtagitation; darin seien keine Verdienste zu machen; auch seien die meisten dort nicht tätig, auf dem Lande ganz einfache Ge- danken in verständlicher Weise darzulegen. Der Antrag Niederauer scheint ihm annehmbar; der Ort möge selbst seine Resolutionen fassen und nicht immer alles von der Leitung erwarten.

**Saunig:** Dessau spricht gegen die Opposition;

in seinem Kreise habe dieselbe großen Schaden verursacht. **Erhardt:** Ludwigshafen und **Vayer:** Reithaus sprechen im gleichen Sinne. Schluß der Debatte wird wiederum beantragt und abgelehnt. Daraus wird die Sitzung für heute geschlossen.

### Zur Tagesgeschichte. Deutsches Reich.

Dresden, den 10. Oktober.

— **Bestürzung, Ehre und Ruchlosigkeit** — so bezeichnet sich das Gefühl, das sich der Gegner der Ordnungsparteien, über den Ausfall der Landtagswahlen bemächtigt hat. Die Klasse Angst vor dem rothen Gespenst treibt sie zu Thoren. Das hätte man doch nicht erwartet, daß ein solcher Schlag erfolgen würde. Es ist ja ganz unerwartet! Ist es denn möglich, daß ein solcher Erfolg von der Sozialdemokratie errungen werden konnte, trotz des Jenseits? Man hätte so sicher geglaubt, nicht umsonst gearbeitet zu haben; man glaube so sicher an den Erfolg seiner „geistigen Waffen“! Und wie ein dummer Schul- buche sollte man damit durchfallen! Ist denn die Welt verrückt geworden? Ist denn Alles, Alles, Alles schon unterwunden? Wenn die Geschichte so weiter geht, dann wird das Königreich Sachsen sich bald den Ruch erworben haben, daß es als passende Anwälte seiner ausgedehnten industriellen und landwirtschaftlichen Interessen nur noch Cigarrenmacher und Mauererstellen anerkennt, jammert die clonca maxima in der Warten- straße. Ja, es wird so weiter gehen, und unter der Herrschaft der Cigarrenmacher und Mauerer wird das Volk sich später wohl befinden, als je. Auf den „Marm“, den es mit seinen bisherigen ordnungsparteilichen Vertretern: Beamten, Geschäftsleuten und anderen Vertretern des Kapitalis- mus sich erworben hat, braucht Sachsen freilich nicht stolz zu sein. Es war auch wieder einmal Zeit, daß Deutschland gezeigt wurde, daß das Wort des sächsischen Volks denn doch nicht eine solche veraltete Gelehrtheit ist, als der ober- sächsische Beurtheiler außerhalb Sachsens nach seinen „Spitzen“ vorauslegen mag.

Auf der gegnerischen Seite fragt man sich natürlich nach der Ursache der Blamage. Und man glaube diese in der mangelnden Einigkeit und in der mangelnden Organisation suchen zu müssen. Man meinte, man müsse da von der Sozialdemokratie lernen. Als ob die Begeisterung, der Glauben an die gute Sache, wie sie beide die sozialistischen Arbeiter befehlen und wodurch dieselben Sieg auf Sieg erringen, nur ein Werk ihrer Organisationen wären! Eine solche Organisation, wie wir sie be- sitzen, können die Gegner gar nicht haben; sie würde nur ein Gefäß ohne Inhalt sein. Es bleibt keine andere Lustucht den Gegnern als immer wieder der Polizeistempel, und was der — nicht vermag: nämlich die Sozialdemokratie in ihrem Siegeslauf aufzuhalten, dessen sind die Gegner erst jetzt wieder belehrt worden.

Einen komischen Eindruck machen die kampfhaften Versuche der Gegner, sich zu trösten. So schreibt der Freiburger „Anzeiger“: „Die Sozialdemokraten werden allerdings in dem neuen Landtage in die Lage kommen, eigene Anträge zu stellen und die Verhandlung derselben durchzuführen, da sie 11 bis 12 Mitglieder in der zweiten Kammer zählen. Doch man kann sich damit trösten, daß sie es schlimmer als im letzten Landtag auch unter den neuen Verhältnissen kaum werden werden können.“ Allerdings, herumgerannt ist die herrschende Majorität gehörig worden. Ob's aber nicht noch „schlimmer“ werden wird, es ihnen die großen Mäuler nicht noch mehr geklopft werden, das mögen sie zunächst erst einmal abwarten.

Das „Leipziger Tageblatt“ gesteht nunmehr ein, daß es wieder einmal selbst dumm gewesen ist. Mit seinem Jammer und Gewimmern konnte ein wenig für das Angland der Ordnungsparteien gefühllos Herz als das unsere fast Mitleid empfinden. Es heulte:

„Mit und werden wohl Viele nicht für möglich gehalten haben, daß diese drei den Konventionen ge- hörenden (1) Kreise, welche die herrlichen, so reich von der Natur gesegneten Gebirge der Dreikönig Umgebung ausmachen, mit einem Schlage an die Luftspitze ver- loren gehen konnten. Wohl wüßten wir, daß in jedem der drei Wahlkreise eine starke Industrie sich ent- wickelt hat, die leider stets mit dem Vorhandensein einer zahlreichen sozialdemokratisch gesinnten Arbeiter- bevölkerung verknüpft zu sein pflegt, daß namentlich im Wauwischen Grunde die vielen Bergarbeiter, trotz aller ihnen erwiesenen Wohlthaten und Menschen- freundlichkeiten (11), ein hartes Kontingent zu den sozial- demokratischen Stimmen stellen. Indessen daß die Unter- werfung der ganzen Dreikönig Umgebung seitens der Luftspitze so weit gediehen sei, wie sich bezeich- net hat, das haben wir nicht geglaubt, und unsere Weisheit hat auch die gesammte Dreikönig Partei mit seinem Worte auf die Existenz einer so drohenden Ge- fahr hingewiesen.“ (1) Während in den beiden andern sächsischen Wahlkreisen die Sozialisten nirgends einen Erfolg aufzuweisen haben, wählt die Daupt- und Resi- denzstadt des Landes von Neuem einen Sozialisten, und den andern Sozialisten muß sie erst in einer Stichwahl abhelfen, zum Ueberflus aber wurden auch vor den Thoren Dresdens zwei Sozialisten gewählt. Das ist in der That eine nette Bekräftigung für die obige künftige Beurteilung unserer Vaterlandes, die sich in der Wahlgeschichte so wieder gestalten hat.

Na, es wird noch besser kommen; darauf möge man sich verlassen! Die Arbeiter werden die Partei der Spargler, Jesualtemer und ihre Bundesgenossen schon noch ganz unter in die Pfanne bauen!

— Die Reichstags-**Ergebnisse** in **Stolz-** **Lauenburg** ist nach der „Ztg. für Osterr.“ nun-

mehr auf Dienstag, den 27. Oktober anberaumt worden.

— **Nachmal** die „Lügen unserer Sozial- demokratie“. Wie die „Neue Zeit“ nachweist, entpuppte sich Herr Hans Blum in seinen „Werke“ auch als jämmerlicher Fälscher und Plagiator. Insbesondere der sogenannte „historische“ Theil desselben beginnt mit einem fortlaufenden Plagiat aus Reichens Wert über die Sozialdemokratie. Herr Blum nennt diesen Autor nicht, wohl weil derselbe seit manchem Jahr reichlich sich an den „Lügen der Sozialdemokratie“ betheiligte und über- dies erst vor Kurzem sein Werk offen und ehrlich als „Überlebte“ und „veraltet“ bezeichnet hat.

Aber Alles das ist, wie die „Neue Zeit“ be- merkt, noch ein Kinderpiel gegen die Wahren- wörter, die Herr Hans Blum am dem Spiegel Horsch und dessen Beschüger Rump auf S. 345 vornimmt. Um die durch die Autorität der Herren Liebkecht, Bebel, Grillenberger usw. be- hauptete, gedruckte und geprüfte Ansicht von der „Sache“ zu verhöhnen, schreibt er: „Bekanntlich wurde die Pflanzzeit des Ermordeten (Rump) während seiner „Patrone“ im höchsten Maße geacht und auch von der preussischen Volksoberleitung durch einmüthig anerkannt, daß seinen Hinter- lassenen eine außerordentliche Detention bewilligt wurde.“ Gut! Nun aber liest man denselben Hans Blum als Berichterstatter über den Prozeß Brendler und Genossen, in welchem Horsch und Rump ihre gesellschaftsrechtlichen Thaten vor- brachten, diese beiden Leute beurtheilt! Er schreibt in Nr. 482 des „Leipziger Tageblattes“ von 1881: „Ein hübsches Nachstück aus den geheimen Akten und Sachverhalten unserer Politik ist heute vor den Säranen des Reichsgerichts eröffnet worden: Abgründe von so schwerer Tiefe, daß wir, obwohl nur unumstößliche Thatsachen hier erzählt wurden, und am Ende der Sitzung immer noch verwundert und unzufrieden fragen wollten, ob so etwas in unseren Tagen auf deutschem Boden passiren könne? Leider doch! Für zehn bis zwanzig Mark wöchentlich.“ Und in Nr. 485 desselben Blattes: „Gestern verhandelte die cabinets inodores der Polizei von Frankfurt a. M. ihre sich-bulienben Geheime- nisse zum herbstlichen Tageskimmel. Heute kamen die nun olets der politischen Polizeivorsehung Berlins an die Reihe.“ Und weiter in Nr. 489: „Er (der Reichsrichter Reichsanwalt Uemalt) verurtheilte in sarkastisch-schärfster Weise, in Worten, denen durchaus beizustimmen ist, das Reichsgesetz der Frankfurter Polizei mit Herrn Horsch, der nicht bloß als Auswärtiger, sondern als agent provocateur gegenüber den Frankfurter und Darmstädter Angelegenheiten gebungen worden sei, und nicht nach dem Tagelohn, sondern nach dem Stück gelohnt wurde.“ So Herr Hans Blum vor zehn Jahren. Es ist freilich wahr: er hat damals schon widerrufen; als ihn der Reichsrath Rump gerichtlich wegen Beleidigung belangte, stellte der — Sohn des Märtyrers von der Brigittenan in einer Weise um Gnade, die glücklicherweise selbst in der bürgerlichen Presse Deutschlands noch nicht erhört gewesen ist. Infolge einer typischen Er- krankung sei er bei Abfassung seines Berichtes seiner Geisteskraft nicht Herr gewesen; seine „un- umstößlichen Thatsachen“ seien nur „falsche Ver- ansetzungen“ — doch lassen wir lieber die Alten selbst sprechen! In dem betreffenden Erkenntniß der Berliner Strafkammer heißt es: „Hinterlich des Dr. Blum kam es als strafmildernd in Be- tracht, daß er, noch an den Folgen einer tiefen Krankheit — Lypus — leidend, die zu Artikel jedenfalls in einem Zustande hoher geistiger Ab- spannung niedergeschrieben hat; daß er über die Beleidigung gegen den Polizeirath Rump offenbar Neue empfand und endlich freiwillig eingeräumt hat, daß er jene Artikel auf Grund empfindeter In- formationen und falscher Voraussetzungen nieder- geschrieben habe und jetzt, von dem wahren Stande der Dinge unterrichtet, die Handlungsweise der Polizeibehörden mit anderen Augen ansehe.“ Auf so glorreiche Weise kam Herr Hans Blum mit einer „milden“ Geldstrafe davon. Und dieser „teuflische Held“ wagt es, Männern wie Liebkecht und Bebel Freiheit vorzuerwerfen, wagt es, sie „Lügner“ und „Verleumdere“ zu schimpfen, weil sie nicht aus elender Angst vor einem Bagatel- prozeß die „unumstößlichen Thatsachen“ über Horsch und Rump als „falsche Voraussetzungen“ hinuntergeschlungen haben!

— **Nachdem** die preussische Regierung den Landwirthen und den Eisenindustriellen durch Zu- lassung ausländischer polnischer Arbeiter ent- gegen gekommen ist, haben nun auch die Hand- werker gleiche Verdrüsslichkeit verlangt. Die Innungspräsidenten von Kattowitz erhiteten von dem Regierungspräsidenten Zulassung österreichischer und polnischer Lebrlinge und Gesellen, um dem Mangel an Handwerkern abzuwehren, der dadurch entsteht, daß sich die jungen Leute fast ausnahmslos der Eisenindustrie zuwenden. — Alle diese Volkswörterer schreiben nach Willkür an- ländlichen Arbeiterkräften, weil sie die heimischen Arbeiterkräfte nicht ordentlich bezahlen wollen. Daß sie sich zur Köhse an die Regierung wenden, ist sehr bezeichnend.

— **Zur Erprobung** der zweijährigen Dienstzeit wird weiter berichtet, daß beim 4. Garde- Regiment in Spanden jetzt eine Reuterei ein- geführt wird, die bisher noch bei keinem Truppen- theile stattgehabt hat. Es werden nämlich die einzelnen Jahrgänge getrennt je einem Bataillon zugewiesen, während sonst immer Mannschaften der verschiedenen Dienstaltersstufen vereint waren.

Es wird fortan ein Bataillon die im dritten Jahre dienenden, das andere die im zweiten Jahre dienenden und das dritte die im November zur Einziehung gelangenden Rekruten enthalten. In dieser Formation werden die Bataillone auch künftig hin geordnet ihre Übungen abhalten.

— **Den Kantinen** der Potsdamer Garde- Regimenter ist es jetzt streng verboten, Waaren an Zivilpersonen zu verkaufen, was bisher in größterem Umfange geschehen ist. Man kaupte in den Kantinen billiger wie anderswo. Ein Schlichtermeister hatte sich darüber beschwert, mit dem Bemerken, daß er sich, falls der Verkauf an Zivilpersonen nicht eingestellt werde, nicht mehr an seinen mit dem betreffenden Regiment abgeschlossenen Lieferungsvertrag halten würde.

— **Angeblieh** soll in Danzig am 5. November eine Konferenz der Oberpräsidenten von Pommern, Westpreußen, Ostpreußen und Posen wegen Neu- regulierung bez. Aufbesserung der Lehrergehälter stattfinden. Nach der „Norddeutschen Ztg.“ sollen für diese Konferenz folgende Gesichtspunkte maß- gebend sein: „Für jeden Ort ist ein den Preis- und sonstigen Lebensverhältnissen entsprechendes Grundgehalt festzusetzen; für provisorisch an- gestellte Lehrer kann die Befolgung bis auf drei- viertel des Grundgehalts herabgesetzt werden; neben dem Grundgehalt ist eine besondere Weichent- lichkeitszulage und außerdem eine nach dem Dienstalter steigende Zulage zu gewähren; bei Anrechnung der auswärtigen Dienstzeit sind feste Normen aufzu- stellen; den zur Zeit angestellten Lehrern verbleiben die ihnen gegenwärtig nach den Gehaltsregulativen relationalmäßig zustehenden Ansprüche. Wo möglich, insbesondere bei kleinen ländlichen Schulgemeinden, würden die Regierungen in der Lage sein, mit ihren Fonds dieses einzutreten.“ Eine solche Aufbesserung wäre schon längst nöthig gewesen.

— **In Hundesingen** (Württemberg) wurde eine arme Familie wegen Verwundung von 100 Pfennig statt weissen Brotes im Haushalte um 60 Mark gestraft. Das Amtsblatt von Wengen“ heißt dies „zur Warnung“ mit. In weiten Kreisen kommt bei der bedenklichen Armuth kein anderes Salz auf den Tisch, als Viehsalz. Wenn man bedenkt, daß bei der vorwiegend aus Pflanzen bestehenden Kost, bei welcher Kartoffeln und Brot mit Sauerkraut und Hahnenfuß in lieb- licher Folge wechseln, der Salzverbrauch einer Familie so stark sein muß, daß für weisses Salz jährlich 6-8 M. Steuer auf die Familie trafe, so begreift sich leicht, daß der Arme sich an den Geschmack des Viehsalzes gewöhnt, um diese Summe jährlich zu sparen. Daß das Gesetz auf diese von der Noth erzeugte Entbehrung eine Strafe legt, zeigt aufs Neue, daß es in der Ab- sicht unserer Gesetzgebung liegt, daß gerade die Armen bestraft werden, weil es ihrer Viele sind, der Reichen aber wenige.

— **Die Mannheimer „Vollstimme“** hat den Montag des 12. Oktober an, im Einver- ständnis mit allen ihren Mitarbeitern, nicht die neunstündige, sondern die achtstündige Arbeits- zeit eingeführt. (Wann! Wann des Segens).

— **Das fürstlich-schwarzburgische Mini- sterial** hat die Schließung der Hoffstelle des Vereins deutscher Schuhmacher zu Arnstadt, welche vom Landrath mit der sofortigen Motivierung verfügt wurde, daß die Auflösung von weiblichen Mitgliedern die Sittlichkeit gefährde, wieder aufgehoben.

**Zu Augsburg** erscheint seit dem 1. Oktober neu die „Volks-Zeitung“, sozialdemokratisches Organ für jenen Bezirk.

— **Die Ordnungsparteien** haben sich im Kanton Tessin wieder einmal einen politischen Meub ge- leistet, und zwar sind diesmal die frommen Ultra- montanen die Mörder. Am Sonntag Abend wurde in Wanderswil der Aposteler Buzzi meuchlings er- stochen. Derselbe stand als energischer Führer der dortigen Liberalen den ultramontanen (der gleich- bedeutend mit konservativen) Fanatikern zur Er- reichung der Wehrheit in dieser wichtigen Ortschaft angeblieh im Wege. Vor nicht allzu langer Zeit erst fand in Tessin eine Revolution der Liberalen gegen die Ultramontanen statt. — So scheinen die „geistigen Waffen“ der Ordnungsparteien aller Nationen nur in Gewaltthat, Mord und Teufelschlag zu bestehen — eine Kampfweise, die man gern den Sozialisten an die Nachschöpfe hängen möchte, die aber von Niemandem mehr gekitt wird, als von den Vertheidigern der „Ordnung“.

— **Bereinigter Staaten.** — Daß die Bourgeoisie überall und jederzeit den Staat nur als schlafende Kuh betrachtet, er- giebt sich aus dem Umstande, daß das Komitee für die Weltausstellung in Chicago die ihm zur Verfügung gestellten bedeutenden Mittel schon jetzt verbrannt hat und vom Kongress 5-7 Millionen Dollar Zuschuß verlangen will. — Die im Komitee sitzenden Herren resp. Gauner haben sich stiefeln Geßler bemächtigt und nichts dafür geleistet. Die Entrüstung über dieses Gebahren ist überall eine große.

**Gewerkschaftliche Arbeiter- Bewegung.**

— **Streifen.** Eine von ca. 60 Personen besetzte öffentliche Verammlung der Arbeiter und Ge- werkschaften fand hier am 10. Oktober im Restaurant „Deutsche Wirt“. Redner Red und Mann- beim referirte über die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung. In seinem Bericht wurde die Vertheilung des Centralvereins der deutschen Arbeiter und des Ablebens des deutschen Arbeiterverbandes in

Wenn a. Meier, als Meier u. A. ...

Zur Buchdruckerbewegung. Nach dem Ab-

Die Stadterordneten hatten bekanntlich die er-

erst in einem Watschaube einige Gefährdungen ein-

Kosales und Provinziales. Dresden, 10. Oktober.

In Sachsen besitzen 8844 Personen die Summe

Die Stadterordneten hatten bekanntlich die er-

Am Freitag Abend passierten die hiesige

kleinere Nachrichten. Das gestern an dieser

Vienna. In diesen Tagen ist auch in sämt-

Leipzig. Hier erlitt sich dieser Tage ein

Langes Leben von Pferden. Ein Fall

Verichtigung. In Nr. 238 d. Bl. war in einem

Repertoire der Dresdner Theater. Opertheater (Königsplatz).

Arbeiter-Verein für Löbtau u. Umgegend. Vortrags-Abend. Weickert's Gasthof, Radebeul.

Achtung! Hermann Hildebrand, Freiberg. Während des Dresdner Jahrmärktes

Zum Jahrmarkt! Ausverkauf. Um zu eukumen, wird in unserem

Die Zigarrenfabrik von August Raden & Co. Markgrafenstr. 16, Ecke Böhmische Str.

Fertige Barchent-Hemden. von gutem Stoff, vorzüglich ge-

Paul Wolff. Wisdruffer Straße Nr. 19, 1. Fabrik und Engros-Geschäft

Robert Böhme jr., Georgplatz 16, Ochsenb. Waisenhausstraße.

Hemden-Barchent. wollige, haltbare, waschechte Waare,

rothen Hut. Oschaker Filzwaren. vom Einleichen bis zum eleganten

Landbrot. in vorzüglicher Qualität, 4 Pf. 50 Pf.

Fachverein d. Blecharbeiter. Sonntag den 17. Oktober. Abend 8 1/2 Uhr

Schellfisch. am billigsten Lagerpreis, 1702

K. Klingenberg. 8 Freiburgerplatz 8, 1885

Julius Luderer. Stillehölzer und Glanzstrichen-Ges.

Corvin. In 10 Sorten à 30 Pf.

Zur Herbst- u. Winter-Saison. Herren- und Knaben-Garderobe

Antiquarisch! Verkauf u. Ankauf sozialistischer Literatur

Grosse Auswahl von Erfurter Schuhwaren mit Arbeiter-Kontroll-Marke